

Solidarität mit Griechenland

Gemeinsam gegen das EU/IWF-Spardiktat

Ein Flugblatt der DKP Saarland zum Solidaritätstag am 20. Juni 2015

5 Jahre Krise in GR, 5 Jahre Memoranden und Troika, 5 Jahre Kaputtsparpolitik und mehrere „Hilfsprogramme“ haben katastrophalen Folgen auf das wirtschaftliche und soziale Leben in Griechenland gebracht. Die Wirtschaftsleistung (BSP) ist in den letzten 5 Jahren, Rezession in Folge, um mehr als 25 % gesunken. Die Arbeitslosigkeit ist angewachsen auf 27 %, (darunter ein großer Teil von lang Arbeitslosen). Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren hat die Arbeitslosigkeit die 60% Marke erreicht. Viele junge Akademiker wandern aus. Radikale Senkung der Löhne, Gehälter und Renten, Streichung von diversen Zulagen, Senkung d. Mindestlohns auf 590.- (bei Jugendlichen sogar unter 500.-Euro) haben zur massiven Reduzierung der Kaufkraft um ca. 40% geführt.

Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Auf Verlangen der Troika sind die öffentlichen Ausgaben im Gesundheitsbereich stark reduziert, materielle und personelle Kapazitäten abgebaut. Millionen von Menschen wurde der Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen versperrt.

Diese schmerzhaften Sparmaßnahmen haben nicht zur Reduzierung sondern zu einem massiven Wachstum der Staatsverschuldung von ca. 120% im Jahr 2009 auf 176 % (Dez. 2015) des BIP geführt. Diese Sparmaßnahmen haben also die Krise weiter verschärft.

Auch die sogenannten Rettungspakete in Höhe von ca. 240 Milliarden der letzten „Hilfsprogrammen“ haben nicht zur Entschärfung der Krise und zur Verbesserung der Situation der Griechischen Bevölkerung beigetragen. Über 90% dieser „Hilfspaketen“ sind sofort an die Konten der Gläubiger geflossen. Es waren in Wirklichkeit Rettungspakete für die deutschen und französischen Banken.

Diese Politik und diese Folgen haben die griechischen Wähler am 25. Januar 2015 abgewählt. Sie haben eine neue Regierung gewählt mit einem klaren Auftrag, die schlimmsten Folgen der humanitären Katastrophe zu überwinden sowie dem Land und den Menschen die beraubte Würde wieder zu geben.

Die neugewählte griechische Regierung hat bereits seit Anfang Februar 2015 schwierige Verhandlungen mit den Institutionen und Vertretern der Kreditgebern (IWF, EZB, EU –Kommission) begonnen. Alle ihre bisherigen Vorschläge über die Schulden neu zu verhandeln und eine europäische Schuldenkonferenz einzuberufen wurden aber von den Vertretern der Institutionen abgelehnt. Trotz der schwierigen und noch andauernden Verhandlungen mit den Institutionen / Kreditgebern hat die neugewählte griechische Regierung mit der Umsetzung ihres Wahlprogramms (Thessaloniki-Programm) begonnen und setzt dies erfolgreich fort.



Einige Beispiele dazu:

1. Die Bewältigung der humanitären Krise mit dem Programm zur Bereitstellung von Nahrung-Wohnung-Strom, die medizinische und pharmazeutische Versorgung aller nicht Versicherten und die Abschaffung der Krankenhausgebühr von 5 Euro.
2. Regulierung der Schulden und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte und Selbständigen Unternehmern an die Banken, Finanzämter und Sozialversicherungen mit bis zu 100 Raten, Verhinderung der Zwangsversteigerungen von Wohnungen durch die Banken.
3. Die Wiedereinstellung von gesetzeswidrig entlassenen Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst (Reinigungsfrauen, Schulwächtern, Lehrern usw.).

4. Das Einfrieren von der bereits geplanten weiteren Senkung der Zusatzrenten um 15%

5. Die Einstellung von Personal (Pflegekräfte und Ärzte) im Gesundheitswesen, um die medizinische Grundversorgung aller Menschen sicherzustellen.

6. Die Wiederherstellung und Ausbau der demokratischen Rechten und Freiheiten, z.B. mit dem Wiederaufbau des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ERT, der humanitären Reform des Strafvollzugssystems, der Gewährung der griechischen Staatsbürgerschaft für Kinder mit Migrationshintergrund, Stärkung der demokratischen Arbeit des Parlaments.



7. Maßnahmen zur Bekämpfung der Verflechtungen von Medien, Politik und Unternehmen, Bekämpfung der Steuerfreiheit der Oligarchen, Überprüfung aller „Listen“ und Bekämpfung aller Steuerhinterzieher, die erstmalige Besteuerung des Privatfernsehens, die Regulierung des chaotischen Rundfunkbereichs.

Seit über vier Monaten führt die griechische Regierung ermüdende Verhandlungen mit den Institutionen, in denen die Kreditgeber noch immer darauf beharren, dass die von SYRIZA geführte Regierung das Austeritätsprogramm umsetzt, das die Menschen in Griechenland in den Wahlen vom 25. Januar 2015 eindeutig abgelehnt haben. Diese harte Haltung der Kreditgeber führt zur einer Erstickung der Liquidität und kritischen Situation der Finanzen des Landes. Griechenland ist in den letzten Monaten all seinen Schuldenver-

pflichtungen aus eigenen Mitteln nachgekommen obwohl seit August 2014 die fälligen letzten Tranchen der Hilfsprogrammen nicht überwiesen wurden und das Land sich auf den internationalen Märkten nicht beleihen kann. Bei einem Gesamthaushalt von etwa 50 Mrd. Euro soll Griechenland allein in diesem Jahr 17 Milliarden an Zins und Tilgung an die ausländischen Kreditgeber zurückzahlen, was auch bei weiteren Sparmaßnahmen unmöglich ist.

Die griechische Regierung hat ihr Bestes getan, um ein Abkommen zu erreichen. Sie wird aber darauf bestehen ihre sogenannte „roten Linien“ nicht zu verletzen. Diese beinhalten u.a. angemessene Primärüberschüsse des Haushalts, Wiederherstellung der Arbeitnehmerrechte (Tarifverträge, Wiedereinführung des Mindestlohns, Schutz vor Massenentlassungen), Verhandlungen zur Umschuldung, ein umfassendes Programm für öffentliche Investitionen vor allem in die Infrastruktur und in die neuen Technologien.

Das Welt Sozialforum hat bei seinem Treffen in diesem Jahr in Tunis zu einer Griechenland-Solidaritätswoche ab 20. Juni 2015 aufgerufen. In diesem Zusammenhang wird in ganz Europa zu Aktionen sozialer und politischer Solidarität aufgerufen. Bei diesen vielfältigen Aktionen von sozialen Bewegungen, politischen Organisationen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen soll die Solidarität mit der griechischen Bevölkerung bekundet werden. Aber gleichzeitig für ein „Paradigma Wechsel“ der Europapolitik weg von der verheerenden Austeritätspolitik hin zu einem Modell des nachhaltigen Wachstums, für ein Europa der Solidarität geworben werden.

**Der Mensch
geht
vor Profit!**



Kontakt: DKP Saarland, Sittersweg 83,
66113 Saarbrücken -
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-
saarland.de, v.i.S.d.M.: T. Hagenhofer